

## **Interpellation Warzinek-Mels / Gartmann-Mels: «Verursacht die ‹schwarze Liste› zunehmend Leid?»**

Am 27. November 2018 hat der Kantonsrat die Motion 42.18.11 ‹Schwarze Liste abschaffen› beraten und sich mit 27 Ja- bei 78 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gegen Eintreten auf die Motion entschieden. Die Regierung war für Gutheissung. Die beiden Interpellanten äusserten sich und votierten aus mehreren Gründen mit der Ratsmehrheit für eine Beibehaltung der sogenannten ‹schwarzen Liste›. Im Vordergrund stand der Gedanke, dass eine Abschaffung der ‹schwarzen Liste› den Solidaritätsgedanken, der unserer Krankenversicherung zu Grunde liegt, untergraben könnte. Man durfte davon ausgehen, dass die ‹schwarze Liste› deutlich mehr positive als negative Effekte mit sich bringt. Insbesondere schien es undenkbar, dass Menschen zwingend notwendige medizinische Hilfe nicht gewährt wird.

Der aktuellen Presse ist zu entnehmen, dass das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schweizweit derzeit 166'327 Versicherte mit Zahlungsausständen verzeichnet. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen Versicherte ihrer Zahlungspflicht trotz Mahnung und Betreibung nicht nachkommen. Noch nie haben in der Schweiz so viele Menschen ihre Prämien nicht bezahlt. Die Anzahl unbezahlter Rechnungen würde auch in den Kantonen mit ‹schwarzer Liste› anwachsen und die gewünschte Wirkung der Liste auf die Zahlungsmoral müsse in Frage gestellt werden. Wegen der Wirkungslosigkeit haben sich die Kantone Solothurn und Graubünden vom Führen der ‹schwarzen Liste› verabschiedet, was auch der Bundesrat ausdrücklich begrüsst. Der Präsident des Krankenkassenverbandes Santésuisse, Heinz Brand, wird wie folgt zitiert: ‹Es ist inzwischen eine weit verbreitete Erkenntnis, dass sie (die schwarzen Listen) wenig bis nichts bringen. Wir sprechen hier von einer sozialpolitischen Zeitbombe. Die nackten Zahlen können gar nicht ausdrücken, wie viel Leid und Probleme die Zahlungsnot in manchen Familien sowie bei Rentnerinnen und Rentnern verursacht.› Gemäss der Sozial- und Schuldenberatung der Caritas St.Gallen-Appenzell waren im Kanton St.Gallen Ende 2017 986 Personen auf der Liste aufgeführt, ein Jahr später 4'162 und aktuell 9'290 Personen. Es soll angeblich vermehrt zu Situationen kommen, in denen Hilfsbedürftigen tatsächlich notwendige medizinische Leistungen vorenthalten werden. Gemäss Caritas sollen Menschen noch kränker werden, weil sie keine Behandlung erhalten und Menschen sollen sterben gelassen werden, weil die Behandlung verweigert wird. Aus ärztlichen Kreisen hört man, dass die Situation gehäuft und besonders schwer Menschen betrifft, die auf Grund einer psychischen Erkrankung handlungsunfähig sind, die beispielsweise ihre Post nicht mehr öffnen, das Telefon nicht mehr abnehmen und die auch nicht mehr in der Lage sind, Hilfe anzufordern, etwa vom Sozialamt der Gemeinde. Die Interpellanten sind durch diese Entwicklung beunruhigt.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich die Situation rund um die ‹schwarze Liste› seit dem Entscheid im Kantonsrat im November 2019 im Kanton St.Gallen entwickelt?
2. Sieht die Regierung die Gesundheitsversorgung von einem namhaften und wachsenden Teil der Bevölkerung durch die ‹schwarze Liste› gefährdet? Ist der Regierung bekannt, dass zunehmend zwingend notwendige medizinische Massnahmen, wie etwa Krebs- oder Schmerzbehandlungen nicht durchgeführt werden, weil Menschen auf der ‹schwarzen Liste› geführt werden?
3. Was sind die konkreten Gründe für die offensichtlich desolate Situation rund um die ‹schwarze Liste›?
4. Wie können Leistungserbringer, insbesondere Grundversorgerpraxen, geschützt werden vor nicht bezahlten Rechnungen, wenn es die ‹schwarze Liste› nicht mehr gibt? Was passiert konkret nach Abschaffung der ‹schwarzen Liste›? Werden sich andere Probleme auftun? Was bedeutet eine Abschaffung der ‹schwarzen Liste› für die Gemeinden?

5. Sieht die Regierung praktikable Alternativlösungen zur «schwarzen Liste» vor, wie etwa ein Fallmanagement, durch welches frühzeitig ein Verschuldungsprozess, beispielsweise und insbesondere bei psychisch Erkrankten, erkannt werden kann, mit dann rasch möglichen Hilfestellungen?
6. Muss die Abschaffung der «schwarzen Liste» im Rat nochmals diskutiert werden?»

17. Februar 2020

Warzinek-Mels  
Gartmann-Mels